

„Für einen Liter Milch wird keine Kuh gekauft“

Überstundenverbot und seine Folgen

Zu den Thesen, die in der beschäftigungspolitischen Diskussion der letzten Jahre immer wieder neu aufgelegt werden, gehört die Meinung, daß eine gewisse Mitschuld an der zu hohen Arbeitslosigkeit der zu hohen Anzahl der Überstunden zukomme.

So hat noch in der letzten Woche der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit die Auffassung bekräftigt, daß durch den Abbau von Überstunden in Deutschland bis zu 400000 neue Vollzeitarbeitsplätze geschaffen werden könnten. Wenn eine solche Meinung sozusagen von „höchster Stelle“ vertreten wird, dann sollte man sich nicht wundern, daß es dann nicht mehr weit ist zu der radikalen Forderung, endlich ein gesetzliches Verbot von Überstunden zu erlassen.

Klingt das nicht auch plausibel? An einer solchen Rechnung ist sicherlich mathematisch nichts auszusetzen. Macht sie aber auch ökonomisch einen Sinn?

Um diese Frage zu beantworten, sollten wir uns einmal vorstellen, was passieren würde, wenn ab morgen jede Überstunde verboten würde. Wie würden die Unternehmen reagieren?

Sie hätten mehrere Reaktionsmöglichkeiten:

1. Sie könnten – wie erhofft – zusätzliche Arbeitnehmer einstellen wollen.
2. Sie könnten versuchen, die Arbeitsproduktivität durch verstärkte Arbeitsintensität zu erhöhen.
3. Sie könnten die Produktion zurückfahren.
4. Sie könnten überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, vermehrt Kapital einzusetzen, um dadurch die Produktivität zu erhöhen.
5. Sie könnten dieses Verbot zum Anlaß nehmen, dem deutschen Standort Lebewohl zu sagen.

Welche dieser Möglichkeiten von den Unternehmen letztendlich ausgewählt würde, ist sicherlich kaum prognostizierbar. Eines ist aber sicher: Die obige einfache Milchmädchenrechnung geht nicht auf. Im übrigen gehört es auch zum Alltagswissen, daß niemand eine Kuh kauft, wenn er nur einen Liter Milch braucht. Man sieht, daß nicht mehr viel von dem Wundermittel „Abbau von Überstunden“ als Therapie gegen die Arbeitslosigkeit übrig bleibt.

Was ist aber zu tun? Nicht weitere Regulierung sondern ihr Abbau ist das Gebot der Stunde. Glaubt man den Visionen der Arbeitsmarktexperten, so wird heute schon das Ende des Normalarbeitsverhältnisses mit starren Arbeitszeiten eingeläutet. Flexibilität, auch Arbeitszeitflexibilität ist also angesagt. So macht in Arbeitszeitmodellen, nach denen nur noch eine bestimmte Jahresarbeitszeit verbindlich festgelegt wird, der Begriff „Überstunden“ keinen Sinn mehr: Es wird dann mehr gearbeitet, wenn die Nachfrage nach den Produkten des Unternehmens es gebietet, und es wird weniger gearbeitet, wenn es die mangelnde Nachfrage nach den Produkten des Unternehmens erzwingt.

Eine solche freiwillige Arbeitszeitflexibilisierung, die auf der einen Seite den Interessen der Arbeitgeber und auf der anderen Seite den Interessen der Arbeitnehmer entsprechen muß, bietet dabei die Chance, das Problem der Arbeitslosigkeit erfolgreicher zu bekämpfen, als es jede Art von bürokratisch-staatlicher Regulierung je könnte.